

3
83

Union in Deutschland

Bonn, den 20. Januar 1983

Programm für den Aufschwung

Die Führungsgremien der CDU und CSU haben am 17. Januar das Wahlprogramm 1983 „Arbeit, Frieden, Zukunft, Miteinander schaffen wir's“ einstimmig verabschiedet. Nachfolgend Kernpunkte, die wir jetzt bei jeder sich bietenden Gelegenheit unseren Bürgern nahebringen sollten. (Wortlaut als Dokumentation — grüner Teil — in dieser Ausgabe)

Die Regierung Helmut Kohl hat ihr Dringlichkeitsprogramm verwirklicht. Es stellt die Weichen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit. Wir wissen: Keine Politik kann die gewaltigen Hypotheken der Vergangenheit kurzfristig tilgen. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir verschieben aber auch nichts auf morgen, was wir heute leisten können.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben:

- mit einem soliden Haushalt die finanzpolitische Wende eingeleitet;
- dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben;
- kleine und mittlere Betriebe steuerlich entlastet;
- die Rentenversicherung vor dem Zusammenbruch gerettet;
- die Arbeitslosenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt. (Fortsetzung auf Seite 2)

Noch
46 Tage
bis zur
Bundestagswahl

Wahlkampf-Telefon
(02 28) 54 43 60

Heute im Wahlkampf

■ INFORMATIONEN

Grüne:
Abschied vom Umweltschutz /
Baurekord in Frankfurt /
Gezielte Schülerförderung /
Biedenkopf warnt Rau /
CDU-CSU begrüßt
Erklärung der Bischöfe /
Wer für 2 Mark lügt . . . /
Vogel schwankt weiter
zwischen Schmidt und Bahr
Seiten 3—6

■ RENTEN

Mit diesen Maßnahmen wurden
die Rentenzahlungen gesichert
Seite 7

■ MIETEN

Tatsachen über die Mietlüge
(Beilage blau)
Das neue Mietrecht —
eine sachbezogene
Darstellung (gelber Teil)

(Fortsetzung von Seite 1)

Die ersten Erfolge unserer Politik werden sichtbar:

- Die Mark gewinnt an Stabilität und nimmt an Wert zu.
- Die Geldentwertung geht zurück.
- Die Zinsen sinken.
- Die Bauanträge haben sich verdoppelt.

Die Menschen fassen Vertrauen. Die Weichen für den Aufschwung sind gestellt.

Die dramatische Situation, die die SPD verschuldet hat, erfordert besondere Maßnahmen.

Die Steuer- und Abgabenlast ist in den letzten Jahren für Arbeitnehmer und Betriebe ständig gewachsen. Durch eine Politik der Wirtschaftsbelebung und der Sparsamkeit wollen wir diese Entwicklung beenden und gezielte steuerliche Entlastungen ermöglichen.

Wir werden

1. ab 1. Januar 1984 vor allem für den Mittelstand die ertragsunabhängigen Steuern senken,
2. die rechtlichen und steuerlichen Bedingungen für Vermögensbildung der Arbeitnehmer verbessern und
3. die Leistung der Familien wie der alleinerziehenden Mütter und Väter für ihre Kinder steuerlich wirksamer berücksichtigen.
4. Wir werden einen neuen, die Bürger entlastenden Tarif für die Lohn- und Einkommensteuer vorbereiten. Er soll in Kraft gesetzt werden, sobald die vorrangige Aufgabe einer erheblichen Verringerung der Neuverschuldung gelöst ist.
5. Wir werden parallel zur Entlastung der Betriebe Steuersubventionen abbauen. Besonders werden wir den geltenden Rahmen für Abschreibungsgesellschaften überprüfen und einschränken. So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß Bürger durch diese Beteiligungsformen sich ihrer Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen.
6. Wir werden bessere steuerliche Voraussetzungen für die Eigenkapitalausstattung und Investitionsfähigkeit der Unternehmen schaffen.
7. Wir werden die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfeabgabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern (vgl. auch Seite 9 — Thema: Solidaritätsbeitrag).
8. Wir bekämpfen Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzen wir vor allem auf einen wirtschaftlichen Aufschwung. Investitionen und Innovationen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Wer — wie die Rotgrünen — Wirtschaftswachstum bekämpft, zerstört Arbeitsplätze und den sozialen Frieden. Die Wirtschaft wächst, wenn die Menschen wissen, daß sich Leistung wieder lohnt, wenn sie Vertrauen in die Zukunft haben und wenn der Staat sie nicht um die Früchte ihrer Arbeit bringt.

Arbeitsplätze entstehen dann, wenn Kapital gebildet wird, Investitionen ermöglicht werden und so Nachfrage geschaffen wird.

WAHLKAMPF- INFORMATION

Parteitag der Grünen: Abschied vom Umweltschutz

Bei den Grünen haben endgültig die Ideologen und Dogmatiker die Oberhand über die engagierten Umweltschützer gewonnen, erklärt der CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen. Bei den Beratungen des Wirtschaftsprogramms und des Wahlaufufes der Grünen am Wochenende in Sindelfingen wurden ökologische Probleme nur als Worthülsen vorgeschoben. In Wirklichkeit ging es darum, die Grundlagen für eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verabschieden, in der nicht die Bekämpfung von Umweltschäden und die Vorbeugung gegen Umweltzerstörung im Vordergrund stehen, sondern die Veränderung der „herrschenden privaten Eigentums- und Verfügungsverhältnisse“.

Die Grünen wollen „die Lohnarbeit aufheben“ und „langfristig die Entkopplung von Arbeit und Einkommen“ in einem — be-

Anzeige zum Thema Rente

Die dritte Anzeige der CDU-Bundesgeschäftsstelle erscheint am 24. Januar in allen regionalen Tageszeitungen: „Renten gesichert: Rentner atmen auf. 5,6% mehr ab 1. Juli“, lautet die Schlagzeile. Die Anzeige erscheint am 25. 1. in der Bild-Zeitung. Am 27. Januar folgt die nächste Anzeige.

LIEBE FREUNDE!

Nicht wieder SPD! Das gilt es jetzt den Wählern deutlich zu machen. Und das ist auch die Schlagzeile der ersten Wahlkampfzeitung „CDU extra“, die jetzt allen Kreisverbänden vorliegt. Mit dieser Zeitung starten Sie Ihre erste große Verteilaktion. Zwei weitere Wahlkampfzeitungen werden noch folgen und können von Ihnen ab ca. 5. bzw. 26. Februar verteilt werden. Jeder Haushalt muß mindestens einmal eine Zeitung erhalten. Unsere Zeitungen sind zudem als aktuelles Werbemittel hervorragend für Straßenaktionen und zur Verteilung vor Fabriktooren geeignet.

Zum Thema „Miete“ ist die CDU-Bundesgeschäftsstelle politisch und werblich jetzt in die Offensive gegangen. In einer Auflage von 5,3 Millionen Exemplaren wird derzeit eine „Mieten-Zeitung“ in den großen Ballungsgebieten verteilt. Die betreffenden Kreisverbände wurden bereits schriftlich informiert.

Von der Anzeige „Mietenlüge“ haben alle Kreisverbände eine reproduktionsfähige Vorlage erhalten. Damit können beispielsweise Anzeigen in Anzeigenblättern geschaltet werden.

CDU und CSU haben am Montag einstimmig das Wahlprogramm verabschiedet. Dieses Programm gilt es nun dem Wähler zu verdeutlichen!

Kämpft, Freunde! Miteinander schaffen wir's.

Peter Radunski

(Peter Radunski)

stenfalls — sozialistischen Modell nach jugoslawischem Vorbild. Wer die Probleme des Umweltschutzes wirklich ernst nimmt, für den sind die Grünen nicht wählbar.

Denn

— wirksamer Umweltschutz bedarf einer wirkungsvollen Wirtschaftsordnung,

— das Geld für neue, Natur und Umwelt schonende Technologien muß erst einmal erwirtschaftet werden.

Die Grünen drücken sich um diese Antworten. Sie fordern statt dessen den Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Das aber wäre das Ende jeden wirksamen Umweltschutzes. Wie weit sich die Grünen inzwischen von ihren Ursprüngen entfernt haben, belegt ihr Wahlauftritt: Probleme des Umweltschutzes finden hier nicht mehr statt. Die Grünen haben ihre eigene Idee verraten.

Baurekord in Frankfurt

Der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann hat einen Rekord angekündigt: In diesem Jahr werde in der Mainmetropole mehr Geld verbaut werden als je zuvor. Die Summe der Bauanträge, die bislang bei der Bauaufsichtsbehörde gestellt worden sind, beträgt 3,3 Milliarden Mark. Davon sind 1,1 Milliarden städtische Bauinvestitionen. Die 2,2 Milliarden, die die Privatwirtschaft verbauen will, bedeuten eine Verdoppelung des Bauvolumens gegenüber 1980 und 1981. Unter den öffentlichen und privaten Projekten befinden sich auch 2876 Wohnungen. Wallmann: „Wir stehen in Frankfurt vor einem sprunghaften Ansteigen der Baukonjunktur.“

Der Oberbürgermeister wertete die geplanten Investitionen als Zeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung; die meisten Bauanträge seien während der letzten drei Monate des vergangenen Jahres bei der Behörde eingetroffen. „Frankfurt ist ein Indikator dafür, daß die Maßnahmen der

Bundesregierung gegriffen haben“, sagte Wallmann. (Vgl. auch Seite 13 Bauprogramm zündet)

Biedenkopf warnt Rau

In scharfer Form hat der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Biedenkopf Ministerpräsident Rau und die SPD an Rhein und Ruhr aufgefordert, in Zukunft keine neuen „Mietlügen“ mehr zu verbreiten. Die in Nordrhein-Westfalen eingetretene Erhöhung der Fehlbelegungsabgabe und die Steigerungen von Mieten im sozialen

Ins Schwarze

Wahlkampf heißt das Wort. Man steht zur Wahl, aber man kämpft um jede Stimme. Sozialdemokraten werden jedes Mittel anwenden, das ihnen richtig dünkt, wenn sie damit glauben, Wählerstimmen zu gewinnen. Sie werden für die Grünen etwas sagen und für die andere Seite etwas sagen. Das ist aber nicht unsere Sache. Wir müssen sie stellen und wir müssen dem Wähler deutlich sagen, daß es eine Alternative gibt. Eben ein Fortschreiben sozialistischer Mißwirtschaft in Deutschland oder einen neuen Aufbruch, eine wirkliche Wende zur Politik der Mitte für unser Vaterland.

Helmut Kohl

Wohnungsbau habe einzig und allein die SPD-Landesregierung zu vertreten. Bei einer weiteren Fortsetzung der „lügenhaften Mietkampagne der SPD“ werde er den SPD-Landesvorsitzenden Rau und den Kanzlerkandidaten Vogel persönlich verantwortlich machen.

Protest gegen Zensur

Die Zeitungsgruppe der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Essen, zu der auch die „NRZ — Neue Ruhr Zeitung/

Abrüstung: Vogel schwankt weiter zwischen Schmidt und Bahr

Für die Bundesregierung hat der Bundesminister der Verteidigung, Manfred Wörner, nachstehende Erklärung abgegeben:

① Die Besuche des Kanzler-Kandidaten der SPD in Washington und Moskau haben keine neuen Erkenntnisse über die Verhandlungspositionen der Sowjetunion und der USA gebracht.

② In Frankreich ist Herr Vogel auf die bekannte Position der französischen Regierung hingewiesen worden. Seine Ausführungen lassen nicht erkennen, welche Schlußfolgerungen er daraus für seine eigenen Überlegungen zieht.

③ Die Haltung des Kanzler-Kandidaten der SPD und seiner Partei bleiben nach diesen Reisen so unklar und unbefriedigend wie zuvor. Herr Vogel hat nicht erkennen lassen, ob er nach wie vor zum Doppelbeschluß steht und ob er die Position des Bündnisses bei den Verhandlungen uneingeschränkt unterstützt.

Wenn der Kanzler-Kandidat erklärt, eine Vereinbarung, die die Zahl der sowjetischen Raketen radikal reduziere und die Aufstellung neuer Raketen auf unserem Territorium überflüssig mache, liege im deutschen Interesse, so rückt er mit dieser Aussage eindeutig von der im westlichen Bündnis auf Anregung des früheren Bundeskanzlers Schmidt vereinbarten Null-Lösung ab. Ein sowjetisches Monopol und ein Verzicht der USA verstoßen gegen das wohlverstandene Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland.

Wir wollen weder amerikanische noch sowjetische Mittelstreckenraketen. Ich hoffe, daß dies nicht das letzte Wort des Kanzler-Kandidaten der SPD ist. Er und seine Partei laden schwere Verantwortung auf sich, wenn sie in einem Moment die Geschlossenheit des Westens verlassen, in der der Verhandlungserfolg in Genf von eben dieser Geschlossenheit abhängt. Schwanken und Unklarheit sind Gift für jegliche Verhandlungsführung. Herr Vogel muß sich entscheiden zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr.

Neue Rhein Zeitung" und die „Westfälische Rundschau“ in Dortmund gehören, hat die Veröffentlichung einer Anzeige der CDU abgelehnt. Hierzu CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen: Die CDU sieht hierin die schwerwiegende Benachteiligung einer demokratischen Partei im Wahlkampf durch die im Rhein-Ruhr-Gebiet beherrschende „WAZ“-Gruppe. Die Begründung des Verlagsleiters Erich Schumann, die Anzeige der CDU trage nicht zu einem fairen Wahlkampf bei und diene weder der Demokratie noch den

Parteien oder den Wählern, ist nicht stichhaltig und durch das Verhalten des Verlages gegenüber anderen politischen Inserenten nicht gedeckt. Die CDU fordert die „WAZ“-Gruppe auf, die Wettbewerbsgleichheit der Parteien im Rhein-Ruhr-Gebiet wiederherzustellen und die politische Verantwortung für ihre Wahlwerbung den Parteien zu überlassen.

Gezielte Schülerförderung

Bundesbildungsminister Frau Dorothee Wilms begrüßt, daß Rheinland-Pfalz jetzt

ein Modell zur Förderung besonders begabter Schüler aus sozial schwachen Familien vorgelegt hat. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung. Die Bundesregierung ist derzeit in Verhandlungen mit den Bundesländern darüber, wie begabte und leistungsfähige Schüler aus sozial schwachen Familien gezielt gefördert werden können.

CDU/CSU begrüßt Erklärung der Bischöfe

Die CDU/CSU begrüßt die von Kardinal Höffner auf dem Treffen der deutschen und französischen Bischöfe geäußerten Vorstellungen zu den Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch. Die Gefährdung des Friedens geht in der Tat zu einem wesentlichen Teil von der leninistischen These aus, daß der Sozialismus zu seiner Rechtfertigung und Ausdehnung notfalls auch auf kriegerische Mittel zurückgreifen dürfe. Mit den katholischen Bischöfen ist die CDU/CSU der Meinung, daß eine nur einseitige Abrüstung die Kriegsgefahr und die Gefahr der politischen Erpressung nicht mindern kann, sondern daß es darum gehen muß, die Waffen- und Rüstungsstärken parallel und gleichwertig herabzusetzen.

Broschüre Wahlprogramm

Das Wahlprogramm als Broschüre wird Ende Januar ausgeliefert.

**Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 16,50 DM
Bestellnummer: 3392**

**Bestellungen an IS-Versandzentrum,
Postfach 1328, 4804 Versmold.**

Wer für zwei Mark lügt...

Der SPD-Obmann im Finanzausschuß, Gobrecht, hat eine Rechnung zur angeblichen Belastung des kleinen Mannes vorgestellt, die wissentlich falsch ist; der Wähler soll wieder einmal mit Unwahrheiten hinters Licht geführt werden. Herr Gobrecht behauptet in seiner Rechnung, daß der Arbeitnehmer 1983 unter anderem mit 0,5 Prozent Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge belastet wird. Dabei weiß er genau, daß die Hälfte vom Arbeitgeber zu tragen ist. Der Hamburger Gobrecht will offensichtlich die Hamburger Wahl-Mieten-Lüge jetzt bei der Rentenversicherung fortsetzen.

Dieses Beispiel ist ein weiterer Beweis dafür, daß die SPD in ihrem Wahlkampf aus Angst vor der Wahrheit mit verleumderischen Methoden und wissentlich mit falschen Zahlen auf Stimmenfang geht, stellt hierzu MdB Horst Günther, stellvertretender Vorsitzender der Aktionsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Tatsache ist: Die SPD hatte selbst noch während ihrer Regierungszeit die Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages am 1. Januar 1984 um 0,5 Prozent beschlossen. Die neue Bundesregierung hat diese Anhebung lediglich um vier Monate vorgezogen, um die von der SPD-Regierung zerrütteten Rentenfinanzen kurzfristig in Ordnung zu bringen. Das macht auf das Jahr bezogen 0,08 Prozent mehr für die Arbeitnehmer aus. Bei einem Bruttoverdienst von 2500 Mark sind das ganze 2.— Mark pro Monat.

Wer für 2,— Mark lügt und die Bürger hinters Licht führt, muß es bitter nötig haben. Die Bürger unseres Landes sind gewarnt: In ihrer Wahlpropaganda spielt die SPD immer mit gezinkten Karten.

RENTEN

Mit diesen Maßnahmen sind die Rentenzahlungen gesichert worden

Die soziale Sicherung hängt nicht nur von der Höhe der Leistungen, sondern auch von ihrer verlässlichen, dauerhaften Gewährung ab. Die Bundesregierung will eine Rentenpolitik der Klarheit und Wahrheit. Rentner und Beitragszahler müssen wissen, was sie erwarten können. Daraus wächst das Vertrauen, das allein Grundlage wirklicher sozialer Sicherheit ist, stellte Norbert Blüm in Bonn vor der Bundespressekonferenz fest.

Die Bundesregierung übernahm am 1. Oktober eine Situation, in der unzureichende Sanierungsmaßnahmen auf der Grundlage unrealistischer Prognosen eingeleitet waren. Hätte die neue Bundesregierung einfach diese eingeleiteten Maßnahmen zu Ende geführt, wäre die Rentenversicherung im Sommer 1983 zahlungsunfähig gewesen. Sie mußte handeln.

Durch ihre Maßnahmen wurden der Rentenversicherung zusätzliche Mittel von 3,7 Milliarden Mark verschafft. Damit ist die Liquidität der Rentenversicherung im Jahre 1983 gesichert, zumal die Bundesregierung bei der zu erwartenden Arbeitslosigkeit realistische Annahmen zur Grundlage ihrer Berechnungen machte.

Die dazu erforderlichen Lasten wurden gleichmäßig verteilt. Keine Rente wird gekürzt, aber die Erhöhung wird um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Auch unter Berücksichtigung des einprozentigen Beitrages der Rentner zu ihrer Krankenversicherung ab 1. Juli 1983 verschlechtert

sich die Stellung der Rentner im Einkommensgefüge nicht.

Die Erhöhung des Beitragssatzes für die Erwerbstätigen wurde um vier Monate vorgezogen. Trotz der erheblich verschlechterten Finanzlage kürzt die Bundesregierung den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung nicht, wie von der alten Regierung vorgesehen, um 1,3 Milliarden Mark, sondern um 900 Millionen Mark, also um fast ein Drittel weniger.

Die Bundesregierung bemißt das Beitragsaufkommen der Rentenversicherung an den tatsächlich gezahlten Löhnen beziehungsweise Lohnersatz-Leistungen. Für Arbeitslose wird nicht mehr von einem fiktiven früheren Bruttolohn der Beitrag zur Rentenversicherung gezahlt, sondern von den tatsächlich gezahlten Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit. Dies entspricht dem Grundsatz der Einkommensbezogenheit der Beiträge und soll daher auf ähnliche Sachverhalte (zum Beispiel Krankengeld) übertragen werden.

Die Sozialversicherung kann auf Dauer nur aus dem tatsächlich aktuell erzielten Wirtschaftsergebnis finanziert werden. Die Finanzierung von Sozialleistungen durch Schulden richtet sich am Schluß nur gegen die, die sie eigentlich begünstigen wollte.

Unsere Verzahnung der Rentenversicherung mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation verdeutlicht, was bisher verschleierte wurde: daß Vollbeschäftigungspolitik auch die wichtigste Grundlage für das Leistungsniveau der Rentenversiche-

rung ist. Um den Einnahmenverlust von zwei Millionen Arbeitslosen auszugleichen, müßte es für die Arbeitsbesitzer Lohn-(und damit Beitrags-)erhöhungen von zehn Prozent geben. Lohnerhöhungen in dieser Höhe würden jedoch zu noch höherer Arbeitslosigkeit führen.

Damit wird deutlich, daß eine zurückhaltende Lohnpolitik als Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keineswegs die Rentenfinanzierung gefährdet. Weniger Arbeitslose und damit mehr Beitragszahler sind für die Rentenversicherung auf Dauer gesehen noch wichtiger als die jeweils erzielte Lohnhöhe.

Ins Schwarze

Ohne Sparmaßnahmen kann es nicht wieder aufwärts gehen. Aber wir muten die notwendigen Opfer nur denen zu, die sie leichter tragen können. Deshalb wird das Kindergeld nicht für alle gekürzt. Deshalb bekommt jede Familie, die darauf wirklich angewiesen ist, genausoviel Kindergeld wie bisher. Nur Eltern mit hohem Einkommen müssen mit weniger Kindergeld zufrieden sein. Das entspricht der sozialen Gerechtigkeit.

Heiner Geißler

Während die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung für 1983 gesichert ist, wird für 1984 ein erneuter Handlungsbedarf bestehen. Wie groß das Volumen des Fehlbedarfs 1984 sein wird, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab, die jetzt noch nicht vorausgesagt werden kann.

Bei der langfristigen Konsolidierung der Rentenfinanzen sollte jedoch schon jetzt ein Konsens in den Prinzipien zwischen den Parteien und Verbänden angestrebt werden. Ich unterstütze ausdrücklich die Auffassung des sozialpolitischen Sprechers der SPD, Eugen Glombig, MdB, der

am 17. August 1982 die Reform der sozialen Sicherungssysteme als eine „Aufgabe aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien“ bezeichnete.

Als konsensfähige Grundlagen für die künftige Rentenpolitik zeichnen sich ab:

a) Die Renten bleiben beitrags- und leistungsbezogen. Wer länger und mehr Beiträge zahlt, der soll auch eine höhere Rente erhalten.

b) Die verfügbaren Einkommen von Erwerbstätigen und Rentnern sollen sich gleichmäßig entwickeln.

c) Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung muß auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden. Seine Sicherheit und Verlässlichkeit ist neben seiner Höhe von besonderer Bedeutung.

Zitat

Die Behandlung der Rentenfrage ist ein Musterbeispiel für die neue politische Konzeption, mit der die Regierung Kohl angetreten ist. Obschon sie die vorgezogene Bundestagswahl im Auge hatte, entschloß sie sich für einschneidende Maßnahmen, forderte Opfer von allen Bürgern.

Daß die fällige Rentenerhöhung um ein halbes Jahr hinausgeschoben wurde, war eine bittere Pille, auch die Anhebung des Beitrags zur Krankenversicherung hat manchen verärgert.

Doch was wäre gewesen, wenn die neue Bundesregierung das rentenpolitische Konzept des Kabinetts Schmidt übernommen hätte? Die Rentenversicherung wäre dann genau zu dem Zeitpunkt — Mitte dieses Jahres — zahlungsunfähig geworden, zu dem jetzt die Erhöhung zugesichert ist. Es zahlt sich also aus, eine Weile kürzer zu treten, als am Ende einen kräftigen Fußtritt zu bekommen.

Kölnische Rundschau, 12. Januar 1983

WAHLKAMPF-TELEFON (02 28) 54 43 60

Dem Wähler sagen, was wir wollen

Solidaritätsbeitrag

Die Union hat am 17. Januar 1983 ihr Wahlprogramm 1983 verabschiedet. Es ist

- ein Fahrplan zum wirtschaftlichen Aufschwung,
- eine Kampfansage an die Arbeitslosigkeit,
- ein Bekenntnis zu Frieden und Freiheit und
- ein Wegweiser in eine Gemeinschaft mit einem menschlichen Gesicht.

Unsere Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit für alle haben dabei eine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden. Dies gilt im besonderen Maße für unsere Absicht, die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfeabgabe aufzuheben und sie zu einem echten Solidaritätsbeitrag umzuwandeln.

Uns erscheint dies

- angesichts der dramatischen Wirtschaftsentwicklung, die die SPD verschuldet hat, und
- angesichts des von uns vorgesehenen Pakets gezielter steuerlicher Entlastungen vor allem für mittelständische Unternehmen, wie z. B. die Senkung der ertragsunabhängigen Steuern zum 1. Januar 1984 und die Schaffung besserer steuerlicher Voraussetzungen für die Eigenkapitalausstattung und Investitionsfähigkeit der Unternehmen
- konjunkturpolitisch vertretbar und sozialpolitisch geboten.

Im einzelnen ist dazu zu sagen:

Erstens: Die CDU wollte von Anfang an die befristete Investitionshilfeabgabe nicht rückzahlbar ausgestalten. Sie hat dies Ende September 1982 bei den Koalitionsgesprächen wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Zweitens: Die Aufnahme der Rückzahlbarkeit in die Koalitionsvereinbarungen war das Ergebnis eines Kompromisses mit der FDP.

Drittens: Im Rahmen eines Wahlprogramms der CDU/CSU erschien es uns notwendig und wahrhaftig, dem Wähler den politischen Willen der Union — ungekürzt durch Kompromisse — zur Beurteilung vorzulegen.

Viertens: Die Bürger können uns vertrauen. Denn wir sagen auch bei unpopulären Maßnahmen — ganz im Gegensatz zur SPD — vor der Wahl, was wir nach der Wahl machen wollen.

Fünftens: Für den Fall von Koalitionsverhandlungen werden wir unseren Standpunkt, daß die Investitionshilfeabgabe zu einem echten Solidaritätsbeitrag umgewandelt wird, mit Nachdruck vertreten.

Es bleibt dabei:

- die Maßnahme ist auf die Dauer von zwei Jahren befristet,
- wer investiert und damit zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt und sich auf diese Weise solidarisch verhält, befreit sich von dieser Abgabe.

Rückkehrhilfen für Ausländer

Den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen die freiwillige Rückkehr in ihr Herkunftsland zu erleichtern, ist ein wichtiges Ziel der Politik der Bundesregierung. Jeder Mensch hat ein Recht, in seiner Heimat leben zu dürfen. Für den größten Teil der ersten und auch noch der zweiten Generation ist die Rückkehr ins Heimatland ein erstrebenswertes Ziel. Die Bundesregierung wird dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen, indem sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Rückkehr und einen neuen Start im Heimatland erleichtert. Die Ausländer in Deutschland sollen aber frei entscheiden können, wie es ausdrücklich in der Regierungserklärung heißt, ob sie in ihre Heimat zurückkehren oder ob sie bei uns bleiben und sich integrieren wollen.

Folgende Rückkehrhilfen kommen insbesondere in Frage:

- Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes.

Bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeitsdauer von 6 Monaten und eines durchschnittlichen Arbeitslosengeldes von derzeit 937,— DM wird die Höhe der Rückkehrhilfe auf 5622,— DM je Förderfall geschätzt.

- Vereinfachte Beitragsersatzung in der gesetzlichen Rentenversicherung für rückkehrwillige Ausländer.

- Gezielte Gewährung von Entwicklungshilfe für die Herkunftsländer zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ehe und Familie stärken

In den letzten Jahren haben unausgereifte Gesetze in die Familien große Unsicher-

heit getragen. Nach dem Auftrag des Grundgesetzes wird die Union Ehe und Familie wieder stärken. Denn trotz gegenteiliger Vorschläge von CDU und CSU hat die SPD bei der bereits fünf Jahre zurückliegenden Eherechtsreform den Verfassungsauftrag mißachtet, sich bewahren und fördernd für Ehe und Familie einzusetzen und ihren Bestand zu schützen. Die dadurch verursachten Mängel hat das Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen als verfassungswidrig definiert; insbesondere wesentliche Regelungen des Versorgungsausgleichs.

Deshalb wollen wir das Scheidungsrecht wieder auf eine verfassungsrechtlich gesicherte Basis stellen und im Scheidungsfolgenrecht den Grundsatz der Zumutbarkeit und die Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger stärker berücksichtigen. Hierzu haben wir im Deutschen Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Verbesserung des Versorgungsausgleichs eingebracht.

Nach der vorgesehenen Neuregelung soll

- der Versorgungsausgleich in vollem Umfang zugunsten des Zahlungsverpflichteten rückgängig gemacht werden, wenn der geschiedene Ehegatte vor Eintritt des Rentenalters stirbt,

- der Versorgungsausgleich auch dann wieder rückgängig gemacht werden, wenn der verstorbene frühere Ehegatte nur kurze Zeit Rente bezogen hat. Dabei wird die Zeit dieses Rentenbezuges in Abrechnung gebracht,

- der Versorgungsausgleich bei einem Rentner, der unterhaltspflichtig ist, so lange ausgesetzt werden, bis der andere Ehegatte auch Rentenempfänger wird. Dies ist notwendig, weil der zur Unterhaltszahlung verpflichtete frühere Ehegatte, der nur noch seine gekürzte Rente (bzw. Pension) erhält, kaum noch gleichzeitig in der Lage ist, Unterhalt zu zahlen.

■ DIE SPD SAGT, RICHTIG IST ...

Thema: Staatsverschuldung

Die SPD behauptet:

Durch die Beschlüsse der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Belebung der Wirtschaft sowie zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und der sozialen Sicherungssysteme würde von „unten nach oben“ umverteilt.

Richtig ist:

Heute haben wir mehr als zwei Millionen Arbeitslose in unserem Land. Dies ist in höchstem Maße unsozial. Hierfür trägt die SPD durch ihre Politik der letzten 13 Jahre entscheidende Verantwortung.

Die abenteuerliche Verschuldung des Staates seit 1975 hat die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft. Im Gegenteil: Die Verschuldung ist zum Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen geworden. Die Verschuldung hat zu hohen Zinsen bewirkt. Die übermäßige Verschuldung mit der Folge späterer Abgaben- und Steuererhöhungen hat darüber hinaus die Bürger und die Wirtschaft verunsichert und den Leistungswillen gelähmt.

Zur Lösung unserer schweren Probleme brauchen wir in den nächsten Jahren eine gemeinsame Anstrengung aller Bürger unseres Landes. Die Bundesregierung hat sich bei ihren Beschlüssen davon leiten lassen, die unvermeidlichen Einschränkungen möglichst sozial ausgewogen zu gestalten. Im Unterschied zur früheren Regierung Schmidt, die nach der letzten Bundestagswahl das Kindergeld unabhängig vom Einkommen für alle Bevölkerungsgruppen gekürzt hat, werden zum Beispiel von der neuen Bundesregierung nur die finanziell Leistungsfähigeren von

der Kindergeldkürzung ab dem zweiten Kind betroffen.

Tatsache ist, daß auf der anderen Seite die Verschuldung, zu der die verfehlte Politik der SPD geführt hat, die größte Umverteilung von unten nach oben bewirkt hat: Die Masse der Steuerzahler muß die rund 60 Milliarden Mark Zinsen für rund 700 Milliarden Mark öffentliche Schulden durch ihre Steuerleistungen bezahlen — die Zinsen fließen hingegen überwiegend mächtigen Anlegern aus dem In- und Ausland und finanziell Leistungsfähigeren zu.

Wir verlangen von den finanziell Leistungsfähigeren darüber hinaus einen Solidaritätsbeitrag, der zur Finanzierung unserer umfangreichen wohnungsbaupolitischen Maßnahmen eingesetzt wird. Hierdurch werden viele kleine Bauherren wesentliche Entlastungen haben. Auch die jüngsten Senkungen der Leitzinsen durch die Bundesbank, die ein hohes Maß an Vertrauen in unsere Politik ausdrücken, bewirken für Wirtschaft und Bürger wesentliche Erleichterungen.

Die erforderlichen Einschränkungen beim sogenannten BAFÖG beeinträchtigen nicht die Bildungschancen. Die Studenten bekommen unverändert ihre Förderbeträge. Sie müssen diese Beträge später allerdings zurückzahlen, und zwar zu „rück-sichtsvollen“ Bedingungen. Auch Schüler können weiterhin BAFÖG beziehen. Gestrichen wird nur für diejenigen, die zu Hause bei ihren Eltern wohnen können.

Die Beschlüsse der Bundesregierung schaffen die Voraussetzung dafür, daß wieder mehr investiert wird in unserem Land.

■ BUNDESWAHLLEITER

Was bei der Briefwahl zu beachten ist

Der Bundeswahlleiter hat zum Thema Briefwahl bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 an die im Bundestag vertretenen Parteien nachfolgendes Schreiben gerichtet, das volle Beachtung verdient. Für die CDU antwortete Bundesgeschäftsführer Peter Radunski.

Berichte über Vorkommnisse bei Briefwahlen in der Vergangenheit, die dazu geführt haben, daß sich der Innenausschuß und der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages kritisch mit der Briefwahl befaßt haben, geben Veranlassung, sich von allen Seiten darum zu bemühen, daß bei der bevorstehenden Bundestagswahl die Briefwahl unter voller Beachtung der Vorschriften des Bundeswahlrechts durchgeführt wird.

Es geht in diesem Zusammenhang vor allem auch darum, daß das Verhalten von Mitarbeitern und Helfern der Parteien bei Werbung und Hilfe im Zusammenhang mit der Briefwahl nicht den Grundsatz der freien und geheimen Wahl beeinträchtigt oder den Eindruck erweckt, daß solche Beeinträchtigungen vorliegen könnten. Beanstandungen haben sich insbesondere daraus ergeben, daß Parteihelfer auf Bewohner von Heimen intensiv eingewirkt haben sollen, daß diese sie zur Beantragung und zum Empfang der Wahlbriefunterlagen bevollmächtigen, und daß die Parteihelfer auch bei der Ausfüllung der Briefwahlunterlagen nicht die notwendige Zurückhaltung gewahrt haben sollen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich bei Ihren Parteiuntergliederungen dafür ver-

wenden würden, daß die einschlägigen Wahlvorschriften strikt beachtet werden.

In der Anlage wird auf einige wesentliche Punkte im Zusammenhang mit der Briefwahl besonders hingewiesen.

gez. Kroppenstedt, Präsident des Statistischen Bundesamtes, als Wahlleiter

Anlage zum Schreiben

Nach den für die Briefwahl maßgeblichen Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2325), geändert durch das „Fünfte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979“ (Bundesgesetzbl. I S. 1149) und „Sechste Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 7. Dezember 1982 (Bundesgesetzbl. I S. 1613) sowie der Bundeswahlordnung (BWO) vom 8. November 1979 (Bundesgesetzbl. I S. 1805) ist folgendes zu beachten:

Nach § 25 Abs. 1 BWO kann ein Wahlberechtigter, der in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, auf **Antrag** einen Wahlschein erhalten, wenn er

— sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grunde außerhalb seines Wahlbezirks aufhält,

— seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt und nicht in das Wählerverzeichnis der neuen Gemeinde eingetragen worden ist,

— aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst seines körperlichen Zustandes wegen den Wahl-

Wohnungsbauprogramm zündet

Das von der Bundesregierung aufgelegte Sofortprogramm zur Wiederbelebung des Wohnungsbaus greift offensichtlich schneller als erwartet. Dies hat Bundesbauminister Oscar Schneider anlässlich der Eröffnung der Internationalen Fachmesse für Heimtextilien in Frankfurt unterstrichen. Schneider verwies darauf, daß das mit 555 Millionen Mark dotierte Sonderprogramm zur Bausparzwischenfinanzierung nach den bisher vorliegenden Meldungen in vielen Bundesländern schon zu weit mehr als der Hälfte belegt sei.

In Baden-Württemberg beispielsweise liege die Quote der bereits zugesagten Mittel bei 71, in Bayern bei 61, in Niedersachsen bei 44 und in Rheinland-Pfalz bei 43 Prozent. Da die Vergabe dieser Mittel an die Bedingung geknüpft sei, die damit verbundenen Bauaufträge noch bis zum Ende dieses Jahres zu vergeben, deute dies auf eine schnelle Belegung im Wohnungsbau hin.

Auch die Entwicklung der Baugenehmigungszahlen in den letzten Monaten des vergangenen Jahres, so Schneider, signalisiere eine Stabilisierung der Wohnungsbauentwicklung. So seien im Oktober 1982 im Vergleich zum Vorjahresmonat etwa gleich viel Baugenehmigungen ausgesprochen worden. Nach zweistelligen Rückgangsraten in den Vormonaten habe sich damit der Rückgang der Baugenehmigungen im dritten Quartal '82 stabilisiert.

Die bisher vorliegenden Genehmigungsziffern von acht Bundesländern für den November '82 deuteten auf einen erheblichen Zuwachs hin. Im Vergleich zum November 1981 sei eine Steigerung der Baugenehmigungen um mehr als 10 Prozent zu erwarten. Auch andere Indikatoren deuteten auf erste Verbesserungen im Konjunkturklima. Es sei sicher, daß die festgestellten verbesserten Geschäftserwartungen im Hochbau insbesondere durch die Wohnungsbaumaßnahmen beeinflusst würden. Der Auftragsbestand im Wohnungsbau, so Schneider, habe im November '82 mit 2,1 Monaten erstmals wieder höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres gelegen.

Wenn sich jetzt abzeichne, daß das Sofortprogramm den Wohnungsbau wieder in Schwung bringen werde, dann sei dies sicher die beste Nachricht für die rund 180 000 arbeitslosen Bauarbeiter zu Jahresbeginn.

raum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann.

Außerdem kann nach § 25 Abs. 2 BWO ein Wahlberechtigter, der nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, auf Antrag einen Wahlschein erhalten, wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden Fristen versäumt hat, wenn sein Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der Fristen entstanden ist bzw. wenn sein

Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt worden und die Feststellung erst nach Abschluß des Wählerverzeichnisses zur Kenntnis der Gemeindebehörde gelangt ist.

Der Antrag für einen Wahlschein, der zur Briefwahl berechtigt, ist bei der für den Wahlberechtigten zuständigen Gemeindebehörde zu stellen. Für die Beantragung, die schriftlich oder mündlich zu erfolgen

hat, kann die Anlage 3 zu § 19 Abs. 2 (Wahlscheinantrag), die jedem Wahlberechtigten mit der Wahlbenachrichtigung über die erfolgte Eintragung in das Wählerverzeichnis zugeht, verwendet werden. **Dabei ist besonders zu beachten, daß derjenige, der den Antrag für einen anderen stellt, durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht** nachweisen muß, daß er berechtigt ist, den Antrag zu stellen. Wenn für einen anderen der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen in Empfang genommen werden sollen, muß die Berechtigung dazu ebenfalls durch Vorlage einer **schriftlichen Vollmacht** nachgewiesen werden.

Bei der Briefwahl hat der Wähler gemäß § 36 BWG der Stelle, die auf dem Wahlbriefumschlag abgedruckt ist, im verschlossenen Wahlbriefumschlag

- seinen Wahlschein
- in einem besonderen verschlossenen Umschlag seinen Stimmzettel

so rechtzeitig zu übersenden, daß der Wahlbrief spätestens am Wahltag bis 18 Uhr eingeht. Dabei kann ein Wähler, **der des Lesens unkundig oder durch körperliches Gebrechen behindert ist**, den Stimmzettel zu kennzeichnen, in den Wahlumschlag zu legen und zur Post zu geben, sich **der Hilfe einer Person seines Vertrauens** bedienen.

Zur Gewährleistung, daß die Stimmabgabe nicht durch Unbefugte erfolgt, und zur Sicherung gegen Mißbrauch hat der Wähler oder die Person seines Vertrauens auf dem Wahlschein gegenüber der Stelle, bei der der Wahlbrief einzugehen hat, an Eides Statt zu versichern, daß der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen des Wählers gekennzeichnet worden ist. Diese Versicherung ist für die Gültigkeit der Briefwahl entscheidend. Die wissentlich falsche Versicherung ist nach § 156 StGB strafbar.

Dritte, die für den Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen als Bevollmächtigte beschaffen oder dem Wahlberechtigten sonst Hilfe leisten, sollten sich unbedingt der nötigen Zurückhaltung befleißigen. Es muß auf jeden Fall vermieden werden, daß beim Wahlberechtigten oder in der Öffentlichkeit Mißtrauen gegen die korrekte Wahl und die korrekte Abwicklung der Briefwahl hervorgerufen werden könnte.

Für die CDU antwortete Bundesgeschäftsführer Peter Radunski:

Sehr geehrter Herr Präsident Kroppstedt, mit verbindlichem Dank bestätige ich den Erhalt Ihres Schreibens vom 10. Januar 1983 (nebst Anlage) wegen der Briefwahl bei der Bundestagswahl am 6. März 1983.

Für die CDU Deutschlands ist es selbstverständlich, daß auch bei der bevorstehenden Bundestagswahl die Briefwahl unter voller Beachtung aller entsprechenden Vorschriften des Bundeswahlrechts durchgeführt wird. Soweit wir in unseren eigenen Werbemitteln und bei unseren sonstigen Werbemaßnahmen auf die für die CDU wichtige Briefwahl hinweisen, geschieht dies auf der Grundlage und unter voller Berücksichtigung des geltenden Bundeswahlrechts. Die CDU hat dies bekanntlich auch bei den früheren Bundestagswahlen so gehalten.

Wir sind auch gerne jetzt wieder bereit, unsere nachgeordneten Parteigliederungen zu bitten, die einschlägigen Wahlvorschriften strikt zu beachten. Wir werden daher unverzüglich unsere Gebietsverbände und Vereinigungen in geeigneter Weise auf Ihr Schreiben hinweisen. Dabei wird uns die von Ihnen übersandte Zusammenfassung mit der Briefwahl gewiß gute Dienste leisten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Peter Radunski

Zur Sache:

Wie buchstabiert man SPD?

S = *Schulden* *

P = *Pleiten* **

D = *Dauerarbeitslosigkeit* ***

In den letzten 13 Jahren haben die Deutschen zwei Dinge gelernt:

● Die SPD kann nicht mit Geld umgehen

● Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft

13 Jahre SPD. Das ist die Bilanz:

* <i>Schulden:</i>	1969 = 45,2 Mrd. DM
	1982 = 309 Mrd. DM
** <i>Pleiten:</i>	1969 = 2.500
	1982 = 14.000
*** <i>Arbeitslose:</i>	1969 = 179.000
	1982 = 2 Millionen

Auch das haben die letzten Jahre gezeigt: Die SPD sagt vor den Wahlen nicht die Wahrheit! 1976 verschwieg sie die Wahrheit über die Renten, 1980 verschwieg sie den Schuldenberg, heute leugnet sie, daß sie an der Arbeitslosigkeit schuld ist.

Fazit:

**Arbeitslosigkeit,
Schulden, Pleiten.
Nicht wieder SPD.**

**Arbeit, Frieden, Zukunft
Miteinander schaffen wir's**

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

WAHLKAMPF-TERMINE

20. Januar 1983
Schleswig-Flensburg

Pressegespräch
Beginn: 15 Uhr
Lothar Späth

20. Januar 1983
Recklinghausen

Öffentliche Veranstaltung
Beginn: 17 Uhr
Ernst Albrecht

20. Januar 1983
Münster

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 17 Uhr
Walter Wallmann

20. Januar 1983
Barntrup

Zielgruppengespräch
Beginn: 17 Uhr
Jürgen Warnke

20. Januar 1983
Bechhofen

Dämmerschoppen
Beginn: 17 Uhr
Werner Zeyer

20. Januar 1983
Süderbrarup

Zielgruppengespräch
Beginn: 17.30 Uhr
Lothar Späth

20. Januar 1983

Waldbröl
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Ernst Albrecht

20. Januar 1983

Flensburg
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Lothar Späth

20. Januar 1983

Hamm
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Walter Wallmann

20. Januar 1983

Höxter
Öffentliche Versammlung
Beginn: 20 Uhr
Jürgen Warnke

20. Januar 1983

Weilerbach
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Werner Zeyer

21. Januar 1983

Neunk.-Wellesweiler
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 15 Uhr
Rainer Barzel

21. Januar 1983
Saarbrücken

Neujahrs-Treff '83
Beginn: 17 Uhr
Rainer Barzel

21. Januar 1983

Hersfeld
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 17 Uhr
Hanna-Renate Laurien

21. Januar 1983

Ludwigsburg
Zielgruppengespräch
Beginn: 17 Uhr
Richard von Weizsäcker

21. Januar 1983

Dillingen
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Rainer Barzel

21. Januar 1983

Großen-Buseck
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Hanna-Renate Laurien

21. Januar 1983

Bietigheim
Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Richard von Weizsäcker

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId